

Werbung:

01.11.2025 • 69

Afghanistan-Programm

Luxus-Kaffeemaschine und überhöhtes Gehalt: Bundesrechnungshof deckt Steuer-geldverschwendung bei Ortskräfte-NGO auf

Ein Ex-Bundeswehrsoldat setzte sich für die Aufnahme von Afghanen in Deutschland ein. Das Innenministerium förderte seine NGO mit Millionen. Jetzt kommt heraus: Das Geld landete nicht nur dort, wo es hin sollte.

Von  Daniel Gräber  Henry Behrens

Marcus Grotian hat die Koordinierungsstelle des Afghanistan-Programms für die Bundesregierung betrieben – und ging dabei mit dem Steuergeld ziemlich großzügig um. (IMAGO/epd)

Marcus Grotian war ein beliebter Ansprechpartner der Medien. Er trat in der Bundespressekonferenz auf, war in der ZDF-Talkshow von Markus Lanz zu Gast und Zeitungen schrieben ausführliche Artikel über ihn. Ein Bundeswehrsoldat, der im Afghanistan-Einsatz war und sich nach dem Abzug der NATO-Truppen dafür einsetzt, möglichst viele sogenannte Ortskräfte nach Deutschland zu holen. Der

deshalb auch den Konflikt mit der Bundeswehrführung nicht scheute und die Bundesregierung scharf kritisierte. Journalisten lieben solche Geschichten. Grotian war ihr Held.

Doch inzwischen ist es merkwürdig still um ihn. Was macht der Ex-Soldat jetzt? Was ist aus seinem Patenschaftsnetzwerk Ortskräfte geworden? Und warum wurde die von Grotian geleitete und vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge üppig finanzierte Koordinierungsstelle des Bundesaufnahmeprogramms für Afghanistan so plötzlich geschlossen?

Antworten liefert der Bundesrechnungshof. Er hat zwei Berichte zu Grotians Koordinierungsstelle veröffentlicht, in denen er massive Steuergeldverschwendung anprangert. Im ersten Bericht ging es um ein teures Softwareprojekt, das Marcus Grotian an ein Unternehmen vergeben hat, mit dem er auch andere Geschäfte macht. Ohne Ausschreibung. Auch Spesenabrechnungen kritisierten die Prüfer: unter anderem ein Steak für 178 Euro.

Seinen zweiten und abschließenden Bericht zur Millionenförderung der Ortskräfte-NGO von Marcus Grotian veröffentlichte der Bundesrechnungshof diese Woche. Darin werden weitere finanzielle Unregelmäßigkeiten genannt: Grotian habe sich ein zu hohes Gehalt ausgezahlt, eine Kaffeemaschine für 200 Euro im Monat angemietet und drei Marken-Einbauküchen in die Büroräume einbauen lassen. Das dem Bundesinnenministerium unterstellte Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat all das kritiklos bezahlt.

Werbung

Der *Spiegel* hat über diese neuen Vorwürfe zuerst berichtet. Andere Medien griffen dies auf. Doch da weder der Bundesrechnungshof noch das Nachrichtenmagazin Grotians Namen nennen, blieb bislang unklar, gegen wen sich die Vorwürfe richten. Wollte oder konnte der einst für seine Enthüllungen berühmte *Spiegel* nicht herausfinden, wer dahintersteckt?

LESEN SIE AUCH:



Brandbrief an Regierung

Drogenbanden und Parallelstrukturen: „Belgien wird zum Mafiastaat“, warnt eine Richterin unter Polizeischutz

Carl Hendriksson • 32 



„Stadtbild“-Debatte

„Kein Tabubruch und spricht lediglich aus, was viele denken“: Jetzt stimmt sogar die Mehrheit der SPD-Anhänger Merz zu

Redaktion • 33

Kaum zu glauben. Denn Markus Grotian gibt bereitwillig Auskunft. Er habe selbst erst aus dem jüngsten Bericht des Bundesrechnungshofs von den neuen Vorwürfen erfahren, sagte er zu *Apollo News*. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge habe weder sein Gehalt noch die eingereichten Rechnungen für Büroküchen und Kaffeemaschinen beanstandet. Auch die anderen Ausgaben, die in dem Prüfbericht nun scharf kritisiert werden, seien von der Behörde nie hinterfragt worden. „Wenn sich jetzt im Nachhinein herausstellen sollte, dass wir Geld falsch ausgegeben haben, zahlen wir das natürlich zurück“, sagt Grotian.

Der NGO-Gründer, dessen Verein für den Betrieb der Koordinierungsstelle in drei Jahren rund 8,4 Millionen Euro Steuergeld erhielt, sieht die Verantwortung für eine mögliche Verschwendung also bei den Regierungsbeamten, nicht bei sich selbst. Dass er seinen zeitweise knapp 30 Mitarbeitern für die Mittags- und Kaffeepausen etwas bieten musste, sei doch nachvollziehbar.

Werbung

Die drei Einbauküchen für 7.684,00 Euro, 6.188,00 Euro und 6.920,00 Euro brutto seien notwendig gewesen, so Grotian. Sie seien eingebaut worden, „um die beiden Räume als Ganztagsbüros für die Mitarbeiter zu ertüchtigen, da entweder keine Küche vorhanden oder diese nicht nutzbar war“, teilte er mit. „Die verbauten Küchen seien von einfachem Standard, mit günstigen elektronischen Geräten ausgestattet, eine Küche war ein Ausstellungsstück, bei der zweiten Küche im Großraumbüro handelt es sich um eine kleine Teeküche.“

Dem Bundesrechnungshof geht es jedoch nicht um die genaue Ausstattung. Er weist auf ein grundsätzliches Problem hin: „Die Sanierungs- und Umbaumaßnahmen der Büroräume der Koordinierungsstelle stehen in keinem Zusammenhang mit der Erfüllung des Zweckes und sind daher nicht zuwendungsfähig“, stellen die Prüfer fest. „Erforderliche Sanierungsarbeiten sind bei angemieteten Objekten grundsätzlich vom Vermieter zu tragen.“

Auch die kostenlose Versorgung der Mitarbeiter mit Kaffee dürfe nicht aus öffentlichen Mitteln gefördert werden, moniert der Bundesrechnungshof und kritisiert daher „Ausgaben für Kaffeebohnen, Milchschaum-Toppings und monatlich über 200 Euro für die Miete einer Kaffeemaschine.“ Es habe sich um einen professionellen

Kaffeevollautomaten gehandelt, sagt Markus Grotian. Sollte das unzulässig gewesen sein, werde das Geld selbstverständlich zurückgezahlt.

Werbung

Aber es geht auch um größere Summen. Denn problematisch findet der Rechnungshof auch das Gehalt, das sich Grotian als Leiter der Koordinierungsstelle ausgezahlt hat. Denn es sei höher als nach den Regeln des öffentlichen Dienstes zulässig. Grotian bekam ein Gehalt, das der Entgeltgruppe 15 TVöD entsprach, später wurde es sogar noch angehoben. „In den Tätigkeitsmerkmalen der Entgeltgruppen 13 bis 15 TVöD ist grundsätzlich die Qualifikationsanforderung einer abgeschlossenen wissenschaftlichen Hochschulbildung vorgeschrieben“, schreibt der Bundesrechnungshof und bemängelt: „Der Leiter der Koordinierungsstelle verfügt nicht über eine abgeschlossene wissenschaftliche Hochschulbildung.“

Weitere beanstandete Posten: Für den Internetauftritt der Koordinierungsstelle seien 120.000 Euro eingeplant gewesen. In den ersten drei Monaten des Jahres 2022 beliefen sich die Reisekosten auf 68.000 Euro, hinzu kamen 47.000 Euro für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sowie 24.000 Euro für „Verbrauchsmaterial“.

Nach Angaben der Prüfer habe das Innenministerium spätestens seit einer „Vor-Ort-Kontrolle im Mai 2024“ gewusst, dass „der Träger Zuwendungsmittel in erheblicher Höhe nicht zweckentsprechend verwendet hatte.“ Dennoch seien die Zahlungen zunächst weitergelaufen. Inzwischen habe das Ministerium mitgeteilt, das BAMF werde die nicht sachgerecht verwendeten Mittel zurückfordern und Zinsen verlangen.

Werbung

Das Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan wurde 2022 nach dem Rückzug der NATO-Truppen von der damaligen Außenministerin Annalena Baerbock und Innenministerin Nancy Faeser ins Leben gerufen. Ihre Idee war es, mit NGOs zusammenzuarbeiten, die vor Ort schutzbedürftige Afghanen auswählen sollten. Diese Form der Zusammenarbeit zwischen staatlichen Stellen und privaten Initiativen war von Anfang an schwierig und umstritten. Markus Grotians Koordinierungsstelle

wurde eingerichtet, um diese Zusammenarbeit zu verbessern.

Dennoch kam es immer wieder dazu, dass die von NGOs vorausgewählten Afghanen falsche Angaben über ihre Identität und Bedrohungslage gemacht haben. Deutsche Sicherheitsbehörden warnten wiederholt vor der großen Missbrauchsgefahr des von Baerbock und Faeser durchgesetzten Aufnahmeprogramms. Zwischenzeitlich mussten die beiden Ministerien es deshalb sogar stoppen.

Die nun dort aufgedeckten finanziellen Unregelmäßigkeiten sind womöglich nur die Spitze eines Eisbergs. Denn der Bundesrechnungshof hat seinen abschließenden Bericht so betitelt: „Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan – Teil 1: Förderung der Koordinierungsstelle durch das Bundesamt für Migration“. Auf das, was als Teil 2 oder mehr folgt, kann man also gespannt sein.

Gegenüber *Apollo News* teilte eine Sprecherin der Prüfbehörde mit, „dass sich der Bundesrechnungshof weiterhin mit dem Bundesaufnahmeprogramm für Afghanistan beschäftigt. Zu den Inhalten und zum zeitlichen Rahmen von laufenden Prüfungen äußert sich der Bundesrechnungshof allerdings grundsätzlich nicht.“

Teilen:   

Zu den Kommentaren (69) ↓

 Einmalig  Monatlich

Apollo News unterstützen

Zahlungsoptionen:    Apple Pay  Pay

10 € 15 € **25 €** 50 € 100 € Anderer Betrag (€) ▾

→ Weiter zum Zahlen

Apollo News monatlich unterstützen

Zahlungsoptionen: Pay Pay

Junior 3 € **Standard** 9 € **Gegen-GEZ** 18.36 € **Sponsor** 50 € Anderer Betrag (€) ▾

Weiter zum Zahlen

 Bank-Überweisung

Werbung

Ihr Kommentar ...

69 Kommentare

Relevanz ▾

Franki 01.11.2025 um 07:46 Uhr



Immer gut zu wissen, wie unser Steuergeld gut angelegt wird.

 59  Antworten

ffghuii 01.11.2025 um 08:07 Uhr



Dafür werden Schulden aufgenommen, vergammeln Schulen Alterheime,